



# Niederschrift

über die Sitzung

des Ausschusses für Frauenfragen

am 13.12.2022

## Anwesend

### - Verwaltung

Martina Trojanowski  
Eva Weickart

### - Schriftführung

Corinna Appelshäuser

### - Mitglieder

Natascha Bauer-Bertram  
Marita Boos-Waidosch  
Kerstin Bub  
Christine Eckert  
Martina Kracht  
Jana Schmöller

Vertretung für Ellen Kubica

### - Mitglieder (nicht Ratsmitglieder)

Lara Melissa Enders

### - Vertretung von Verbänden und Institutionen

Helga Ahrens  
Christine Ellrich  
Dr. Gisela Hilgefort  
Gabriele Hufen  
Eva Jochmann

## Entschuldigt fehlen

### - Mitglieder

Ellen Kubica  
Leonie Sayer

### - Mitglieder (nicht Ratsmitglieder)

Phillip Leisner

## - Vertretung von Verbänden und Institutionen

Kathrin Boller

Irma Ganovic

Ursula Hamann

Regine Hungershausen

Yasmin Martina

Monika Wilwerding

## Tagesordnung

### a) öffentlich

1. Verpflichtung eines neuen Mitglieds
2. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 14. Juni 2022
3. Zur aktuellen Situation der Medizinischen Einrichtung in Mainz
4. Umsetzung der Istanbul-Konvention in Mainz - 19 Themenfelder für eine Gesamtkonzeption
5. Paritätsbericht 2022 und Paritätsstatistik 2020 der Landesregierung Rheinland-Pfalz
6. Mitteilungen

In Vertretung für die Mitglieder des Stadtvorstandes übernimmt Frau Bub in ihrer Eigenschaft als ältestes Mitglied den Vorsitz.

Die Vorsitzende eröffnet um 17:30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht geltend gemacht.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

## **öffentlich**

### **Punkt 1**            **Verpflichtung eines neuen Mitglieds**

Der Ausschuss setzt diesen Punkt von der Tagesordnung ab, da ausschließlich der/die Oberbürgermeister:in, Bürgermeister:in oder Beigeordnete eine ordnungsgemäße Verpflichtung vornehmen können.

Die Verpflichtung wird auf der ersten Sitzung 2023 nachgeholt.

### **Punkt 2**            **Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 14. Juni 2022**

Anmerkungen zur Niederschrift der letzten Sitzung gibt es nicht. Der Ausschuss genehmigt das Protokoll einstimmig.

### **Punkt 3**            **Zur aktuellen Situation der Medizinischen Einrichtung in Mainz** **Bericht: Dr. Gisela Hilgefort, pro familia Zentrum Mainz**

Bereits in der Sitzung des Frauenausschusses am 15. März 2022 hat Frau Dr. Hilgefort (pro familia Zentrum Mainz) über die personell angespannte Lage in der seit 30 Jahren bestehenden Medizinischen Einrichtung berichtet. (Siehe hierzu die Niederschrift zur Sitzung des Ausschusses für Frauenfragen am 15. März 2022.)

Vor einigen Monaten wurde dann verstärkt deutlich, wie gering die ärztlichen Kapazitäten mittlerweile sind.

Der Vorstand der Medizinischen Einrichtung wandte sich darauf an Ärztinnen und Ärzte in Mainz und Umgebung, um sie für die Übernahme von Diensten oder Vertretungen in der Medizinischen Einrichtung zu gewinnen.

Anhand einer Präsentation gibt Frau Dr. Hilgefert zunächst einen Überblick über die aktuelle Lage und die Bemühungen zum Fortbestand der Medizinischen Einrichtung.

In Beantwortung der zahlreichen Fragen aus dem Ausschuss führt sie weiterhin aus:

Für das erste Quartal 2023 sei die Weiterführung der Medizinische Einrichtung durch Vertretungsärzt:innen einmal die Woche gesichert. Allerdings sei dies keine Dauerlösung.

Hilfreich sei politische Unterstützung durch alle Fraktionen auf allen Ebenen für den Fortbestand der Medizinischen Einrichtung. Auch eine Gesetzesänderung hin zur Entkriminalisierung wäre eine enorme Erleichterung.

Befragt zum finanziellen Defizit der Medizinischen Einrichtung erläutert Frau Dr. Hilgefert, dass die Einrichtung mit ihren Qualitätsstandards nicht kostendeckend arbeiten könne, da, anders als in Privatpraxen keine Querfinanzierung durch andere ärztliche Leistungen möglich sei. Zur Finanzierung der Einrichtung führt sie aus: Ein geringer Teil der Klientinnen seien Selbstzahlerinnen, der größere Teil der Klientinnen sei auf die Übernahme der Kosten durch das Land angewiesen, ein nur geringer Teil der Leistungen könne mit den Krankenkassen abgerechnet werden. Des Weiteren gebe es einen Personalkostenzuschuss des Landes, um die Qualitätsstandards einhalten und auch Beratungsleistungen in der Einrichtung erbringen zu können. Frau Schmöller bedauert, nicht bereits im Zuge der Haushaltsberatungen über städtische Hilfen zur Verringerung des Defizits gesprochen zu haben und regt eine nachträgliche fraktionsübergreifende Initiative durch den Stadtrat an.

Um den Bedarf beziffern zu können, wird Frau Dr. Hilgefert noch entsprechende Zahlen nachreichen und den Fraktionen zur Verfügung stellen.

Auf weitere Fragen führt Frau Dr. Hilgefert aus, eine Unterstützung durch Ärzt:innen in Ausbildung könne nicht in Anspruch genommen werden, da entweder eine geeignete Ausbildung fehle, oder nicht ausreichend sei.

Die Frauen, die eine Beratung und einen Abbruch in Anspruch nähmen, wären im Durchschnitt zwischen 25 und 35 Jahren und kämen aus allen sozialen Schichten. Einzige Auffälligkeit sei, dass Frauen mit einem höheren Bildungsstand sich eher für einen medikamentösen Abbruch entschieden. Keiner Frau falle ein Abbruch leicht, und keine träfe eine leichtfertige Entscheidung.

Dies wird im Laufe der Diskussion durch Mitglieder des Ausschusses bestätigt.

Auch eine Nachversorgung aufgrund der hohen psychischen Belastung sei gesichert, die Beratungsstelle der pro familia böte entsprechende Gespräche.

Aus dem Ausschuss wird problematisiert, dass die Sensibilisierung für die Thematik in der Gesellschaft abgenommen habe, der heutigen jungen Generation nicht bewusst sei, wie

schwierig es sei, überhaupt einen Abbruch vornehmen zu lassen. Stattdessen sehe man immer mehr Gegner:innen und Hetzkampagnen auf den Straßen.

Frau Dr. Hilgefort stellt dar, dass auch früher die Situation schwierig gewesen sei, da es nie viele Ärzt:innen gegeben habe, die Abbrüche durchführen wollten. Dramatisch verschlechtert habe sich die Lage, da nun vermehrt Ärzt:innen in den Ruhestand gingen und junge Ärzt:innen nur in sehr geringem Maße bereit und ausgebildet seien, Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen. Initiativen wie Medicals for choice oder Students for Choice seien noch nicht in der ärztlichen Praxis angekommen.

Die Fraktionsvertreterinnen im Ausschuss verabreden sich, die Situation der Medizinischen Einrichtung in den Stadtrat einzubringen.

Die Präsentation von Frau Dr. Hilgefort ist der Niederschrift beigelegt.

**Punkt 4**            **Umsetzung der Istanbul-Konvention in Mainz - 19 Themenfelder für eine Gesamtkonzeption**  
**Vorlage: 1659/2022**

Frau Weickart fasst kurz den Inhalt der Vorlage zusammen.

Seit 2020 hat der Ausschuss anhand von Verwaltungsvorlagen über wichtige Themen für ein Konzept zur Umsetzung der Istanbul-Konvention diskutiert.

Die Zusammenstellung der 19 Themenfelder, die dem Ausschuss nun als Sammlung zur Kenntnis gegeben werde, bildet nun die Grundlage für die weitere Arbeit der Verwaltung. Zur Bearbeitung der Themen und der Vorschläge für Umsetzungsmaßnahmen sei eine Arbeitsgruppe Istanbul-Konvention gebildet worden, die Anfang 2023 die Arbeit aufnehmen kann.

Der Auftrag an die Arbeitsgruppe lautet, die einzelnen Themen und Maßnahmen zu priorisieren, zu operationalisieren und einen Entwurf für ein Umsetzungskonzept zu erarbeiten. Dieses Konzept werde dann dem Stadtrat zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

Der Arbeitsgruppe werden neben Vertreter:innen der Verwaltung auch Expertinnen aus dem Arbeitskreis Gewalt an Frauen und Kindern angehören. Ergänzend dazu soll auch die Expertise einzelner Fachämter, von Frauenorganisationen und -beratungsstellen genutzt werden.

Frau Weickart erläutert auf Rückfrage durch den Ausschuss, dass das Land Rheinland-Pfalz eine Analyse des Soll-Ist-Standes in Auftrag gegeben hat. Die läge nun vor und bilde die Grundlage der weiteren Diskussion und eines künftigen Landesaktionsplans. Inwieweit sich die Aktionspläne des Landes oder auch des Bundes mit denen der Landeshauptstadt Mainz sinnvoll abstimmen ließen, könne noch nicht beantwortet werden.

Der Ausschuss nimmt von der Vorlage Kenntnis.

**Punkt 5**            **Paritätsbericht 2022 und Paritätsstatistik 2020 der Landesregierung Rheinland-Pfalz -  
Handlungsempfehlungen zur Erhöhung des Frauenanteils in Kommunalparlamenten  
Vorlage: 1660/2022**

Frau Weickart eröffnet die Diskussion zur Vorlage und gibt einen kurzen Überblick über den Inhalt.

Im Juli 2022 veröffentlichte die Landesregierung nun auch den im Kommunalwahlgesetz vorgeschriebenen Paritätsbericht zur Kommunalwahl 2019. Grundlage des Berichts ist die 2020 vom Statistischen Landesamt vorgelegte Paritätsstatistik.

Neben der Auswertung des Zahlenmaterials enthält der Paritätsbericht auch Handlungsempfehlungen zur dauerhafteren Erhöhung des Frauenanteils in den Stadt- und Gemeinderäten sowie den Kreistagen.

Frau Weickart stellt dem Ausschuss die Frage, welche Relevanz die Empfehlungen für die Kommunalwahl 2024 in Mainz haben, ob der Ausschuss Anhaltspunkte darin findet, durch was sich der hier im Vergleich hohe Frauenanteil im Stadtrat halten, respektive ausbauen ließe.

Der Frauenanteil im Mainzer Stadtrat lag nach der Kommunalwahl 2019 mit 45 Prozent deutlich über dem Ergebnis der anderen elf kreisfreien Städte (Durchschnitt 35,8 Prozent) und noch deutlicher über dem Durchschnittsergebnis aller Gebietskörperschaften (23,8 Prozent). Das gute Abschneiden von Frauen bei den Kandidaturen und dann auch unter den Gewählten bei einer Wahl stelle jedoch keine Garantie für künftige Wahlen dar.

Der Ausschuss berät über erfolgversprechende Strategien zur dauerhafteren Partizipation und Repräsentation von Frauen in den städtischen Gremien.

In der Diskussion wird weiter ausgeführt:

Damit sich Frauen aufstellen ließen, müssten entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden – wie zum Beispiel keine Sitzungstermine am späten Abend, oder das Angebot von Kinderbetreuung. Auch fehle es Frauen oft an Selbstvertrauen, hier wären Mentoringprogramme sinnvoll.

Ein toxisches Umfeld in den Parteien vertreibe Frauen aus der Politik, sie engagierten sich dann lieber im sozialen Bereich. Wünschenswert seien auch mehr Frauennetzwerke.

Bezogen auf einzelne Empfehlungen aus dem Paritätsbericht begrüßen einzelne Ausschussmitglieder eine Begrenzung von Redezeit, aber auch bessere Umgangsformen in den Gremien und ein Unterbinden struktureller Gewalt.

Die Einführung eines Jugendparlamentes sein auch ein guter Einstieg, um Mädchen für Kommunalpolitik zu begeistern.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**Punkt 6**            **Mitteilungen**

Frau Hufen informiert über Verzögerungen beim Aus- und Umbau des Frauenhauses Mainz im Rahmen des Bundesinvestitionsprogramms.

Die Verzögerungen resultieren aus Problemen auf der Bundesebene. Trotz der großen Unterstützung durch die Stadtverwaltung als der Eigentümerin der Immobilie und trotz der Unterstützung durch das Frauenministerium, sei es noch immer nicht gelungen, die Bundesförderung zu erlangen. Die für das Antragwesen zuständige Bundesserviceestelle verlange eine erneute Berechnung der Um- und Ausbaurkosten. Frau Hufen bittet eindringlich um Unterstützung durch die örtliche Politik, damit das Frauenhaus endlich barrierefrei werden und die Platzzahl erhöht werden könne.

Die Vorsitzende unterrichtet über die für 2023 geplanten Sitzungen des Ausschusses – diese wurden bereits mit der Einladung zur Sitzung verschickt.

Geplant sind vier Sitzungen: 1. März, 18. Juli, 10. Oktober und 14. Dezember 2023.

**Ende der Sitzung: 18:55 Uhr**

.....  
**Vorsitz**

.....  
**Schriftführung**